

Niederschrift über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am
05.07.2011

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 17:00 Uhr

Sitzungspause: ./.

Ende: 19:25 Uhr

Anwesend:

CDU

Frau Kammeier
Frau Niederfranke
Frau Osthus
Herr Schön
Herr Weber

SPD

Frau Gündogdu
Herr Kaufmann
Frau Schneider

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Dr. Ober (ab 17:10 Uhr)
Frau Rathsmann-Kronshage Vorsitzende

BfB

Frau Cascante-Maristany

FDP

Herr Buschmann

Die Linke

Herr Dr. Schmitz

Beratende Mitglieder

Herr Heuer Beirat für Behindertenfragen
Frau Huber Seniorenrat

Stellvertretendes Mitglied

Herr Schuster

Gäste

Herr Großegödinghaus AGW
Herr Dr. Hallmann Koordinator des Projektes GigA
Herr Dr. Mayser Kassenärztliche Vereinigung
Herr Radloff Jobcenter Arbeitplus Bielefeld

Verwaltung

Beigeordneter Herr Kähler
Beigeordnete Frau Ritschel
Frau Schulz

Frau Dr. Delius

Frau Dammann
Herr Metzger
Herr Niekamp

Schriftführung

Frau Krumme

Dezernat 5
Dezernat 3
Amt für soziale Leistungen
-Sozialamt-
Gesundheits-, Veterinär- und
Lebensmittelüberwachungsamt
Stab Dezernat 5
Bauamt
Amt für soziale Leistungen
-Sozialamt-

Amt für soziale Leistungen -
Sozialamt-

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Frau Rathsmann-Kronshage begrüßt vor Eintritt in die Tagesordnung die Anwesenden und teilt mit, dass sie stellvertretend für Frau Schrader die heutige Sitzung leite. Sie stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Es gibt keine Änderungen zur Tagesordnung.

Zu Punkt 1

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 15. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 14.06.2011

Zu Punkt 5.3:

Herr Dr. Schmitz merkt an, dass er seinen Antrag mangels absehbarer Unterstützung und nicht wegen der Einschätzungen der übrigen Mitglieder zurückgezogen habe.

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 15. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 14.06.2011 wird, unter Berücksichtigung der vorgebrachten Ergänzungen, nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2 **Mitteilungen**

Zu Punkt 2.1 **Stadthallenumfeld -Sachstand-**

Beigeordnete Frau Ritschel erläutert die als Tischvorlage verteilte Mitteilung (**Anlage 1**) über die Situation im Umfeld der Stadthalle. Auf Nachfrage von Herrn Weber führt sie aus, dass die starke Vermüllung auch in anderen Parks ein Problem darstelle. Ziel sei es, die Bevölkerung dahingehend zu sensibilisieren.

Zu Punkt 2.2 **Bildung und Teilhabe**

Frau Schulz verweist auf die als Tischvorlage verteilte Kurzinformation (**Anlage 2**), die die wesentlichen Inhalte der Richtlinien des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales des Landes NRW zum Bildungs- und Teilhabepaket beinhalte. Schulen und Kindertageseinrichtungen seien darüber bereits informiert. Bis zum 30.06.2011 sind bei der Stadt Bielefeld 1.355 Anträge und beim Jobcenter Arbeitplus Bielefeld 2.350 Anträge eingegangen. Auf Nachfrage von Dr. Schmitz wird im Nachgang ermittelt, dass es insgesamt 18.000 antragsberechtigte Kinder (12.000 im SGB II und 6.000 in anderen Leistungsbereichen) gibt.

Es wird eine kontinuierliche Berichterstattung im SGA zugesagt.

Zu Punkt 2.3 **Wiedereinführung der Kündigungssperrfrist Verordnung (KündigungssperrfristVO) nach § 577a BGB**

Herr Metzger teilt mit, dass die Landesregierung die Wiedereinführung einer KündigungssperrfristVO beabsichtige. Durch eine Anhebung der gesetzlichen Frist von drei Jahren, sollen beim Verkauf bzw. bei der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen die dort wohnenden Mieter insbesondere vor Eigenbedarfskündigungen geschützt werden. Bis 31.12.2007 galt für Bielefeld eine Sperrfrist von 8 Jahren. Auch vor dem Hintergrund, dass Mietwohnungen nach Umwandlung nicht zum schnelllebigen Handelsobjekt von internationalen Finanzinvestoren werden sollten, habe sich die Stadt Bielefeld auf Anfrage für eine Sperrfrist von 5 Jahren ausgesprochen.

Zu Punkt 2.4 **Möglicher Ursprung der EHEC O104:H4 Kontamination**

Beigeordnete Frau Ritschel verweist auf eine als Tischvorlage verteilte Stellungnahme des Bundesinstitutes für Risikobewertung (BfR) vom 30.06.2011 (**Anlage 3**).

Zu Punkt 3 **Anfragen**

Zu Punkt 3.1 **Verteilung von Informationen zum Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) in Bielefeld (Anfrage der Fraktion Die Linke vom 28.06.2011)**
Beratungsgrundlage:
 Drucksachenummer: 2831/2009-2014

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage verweist auf die Beantwortung der Anfrage durch das Jobcenter Arbeitplus Bielefeld, die als Tischvorlage vorliegt (**Anlage 4**).

Zu Punkt 4 **Anträge**

Es liegen keine Anträge vor.

Zu Punkt 6 **Alkoholprävention bei Kindern und Jugendlichen**
 (vorgezogene Beratung)

Zu Punkt 6.1 **Alkoholprävention bei Kindern und Jugendlichen**
Erarbeitung einer Handreichung für Kommunen durch den Deutschen Städtetag
Beratungsgrundlage:
 Drucksachenummer: 2752/2009-2014

Herr Niekamp teilt mit, dass er vom Sozialdezernat in die Projektgruppe des Deutschen Städtetages entsandt worden sei. Derzeit würden Standards für vernetzte suchtpreventive Maßnahmen erarbeitet, die in Form eines Handbuches die Durchführung und Vernetzung von Maßnahmen im Bereich des Alkoholmissbrauchs ermöglichen sollen. Zu gegebener Zeit werde das Handbuch auch dem SGA vorgestellt. Bielefeld sei als Standort des GigA Projektes ausgewählt worden und trage in der Erprobungsphase zum Aufbau und der Entwicklung von örtlichen Netzwerkstrukturen bei.

Das Bielefelder „Netzwerk Suchtprevention“ und die Lenkungsgruppe würden gemeinsam an dem Projekt arbeiten.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 6.2 **Bericht über das Projekt des Landes Nordrhein-Westfalen 'GigA - Gemeinsam initiativ gegen Alkoholmissbrauch bei Jugendlichen'**

Herr Dr. Hallmann stellt das Projekt vor (**Anlage 5**). An der anschließenden Diskussion beteiligen sich Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage, Frau Osthus, Frau Cascante-Maristany, Herr Niekamp und Herr Weber.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 7
(vorgezogene Beratung)

Umsetzung der Reformen am Arbeitsmarkt -Sozialgesetzbuch II- in Bielefeld

Herr Radloff erläutert die Situation des Arbeitsmarktes und der Aktivitäten des Jobcenters Arbeitplus Bielefeld anhand der verschickten Statistikzahlen und Controllingergebnisse von Mai 2011. Er informiert über die beabsichtigte Kürzung des Eingliederungstitels und der sich daraus ergebenden Konsequenzen für die Umsetzung von arbeitsmarktpolitischen Instrumenten, soweit sie zurzeit absehbar seien. Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage fordert dazu auf, vor Verabschiedung eines solchen Gesetzes die Auswirkung der Kürzung auf die bestehende Trägerlandschaft in Bielefeld, auf den überörtlichen Ebenen zu verdeutlichen. Beigeordneter Herr Kähler weist darauf hin, dass der Städtetag diesbezüglich bereits eine Stellungnahme abgegeben habe.

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage bittet die SGA-Mitglieder auch in der Sommerpause über die Entwicklungen auf dem Laufenden zu halten.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 5

Ärztlicher Notfalldienst in Westfalen-Lippe

Nach Einführung von Beigeordneter Frau Ritschel erläutert Herr Dr. Mayser die Beweggründe der Kassenärztlichen Vereinigung für die Umstrukturierung der Notfallversorgung. Auf Grundlage der notfallmäßigen Inanspruchnahme sei die fachärztliche Notfallversorgung festgelegt worden. Frau Schneider verweist darauf, dass hörgeschädigte Notfallpatienten keine Möglichkeiten hätten, sich per Fax mit der Notfallzentrale in Duisburg in Verbindung zu setzen. Herr Dr. Mayser fordert sie auf, diese Beschwerde schriftlich an den Vorsitzenden der kassenärztlichen Vereinigung Dr. Nordmann oder an ihn persönlich zu senden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 8

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Es ist über keinen Sachstand zu berichten.

Frau Rathsmann-Kronshage stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Rathsmann-Kronshage
Vorsitzende

Krumme
Schriftführerin